

# **Stellungnahme der Fraktion CDU/Bund für Magdeburg im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg zum Haushaltsentwurf 2013**

Stadtratssitzung am 10. Dezember 2012  
vorgetragen von Wigbert Schwenke MdL  
Fraktionsvorsitzender

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Stadtratsvorsitzende,  
sehr geehrte Mitglieder des Magdeburger Stadtrates,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, insbe-  
sondere des FB02,  
sehr geehrte Medienvertreter und nicht zuletzt  
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger im Publikum,

als ich vor gut 11 Monaten hier vor Ihnen stand, hatte ich in meiner Rede  
zum Haushaltsentwurf 2012 einige Wünsche formuliert.

Ich muss feststellen, dass diese Wünsche leider nur eingeschränkt in Erfül-  
lung gingen. So steht der Blaue Bock immer noch und wichtige Infrastruk-  
turprojekte, die Zukunftsinvestitionen für diese Stadt und ihre Bürger sind,  
harren weiter der Umsetzung auf Grund verschiedenster Umstände. Ich gehe  
später noch einmal darauf ein.

Gleichzeitig gibt es aber auch sehr Positives zu vermelden. Dies ist nicht al-  
lein, aber auch, der Tatsache zu verdanken, dass wir mit den unionsgeführ-  
ten Regierungen im Bund und im Land eine wirtschaftliche Entwicklung ge-  
nommen haben, die gerade vor dem Hintergrund der Schuldenkrise vieler  
Euro-Länder nur als außerordentlich gut bezeichnet werden kann. So hatten  
noch nie so viele Menschen in Deutschland ein steuerpflichtiges Arbeitsver-  
hältnis in den vergangenen 20 Jahren wie aktuell.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, auch für Magdeburg gibt es einiges  
Positives zu vermelden. So erreichte unsere Stadt bei einem Städtevergleich  
Platz 1 im Dynamikranking. Ein Erfolg, der sicher viele Mütter und Väter hat,  
all denen möchte ich danken. Hervorheben möchte ich aber das Finanzde-  
zernat und das Wirtschaftsdezernat. Das Wirken dieser beiden Ämter wird in  
der Studie ja besonders positiv eingeschätzt. Im Wirtschaftsfreundlichkeits-  
ranking nimmt Magdeburg zum Beispiel immerhin Platz 9 ein! Gleichzeitig  
muss man aber feststellen, dass bei der gleichen Studie die Stadt beim Ni-  
veaulevel „nur“ den Platz 39 von 50 erreicht, es wird also deutlich, dass

zwar schon viel erreicht wurde, aber der eingeschlagene Weg konsequent fortgeführt werden muss.

Hier müssen auch kommunalpolitisch die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden. Dazu gehört eine geordnete und solide Finanzpolitik. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, gemeinsam mit Ihnen hat sich der Magdeburger Stadtrat in einen Selbstbindungsbeschluss dazu bekannt, grundsätzlich keine neuen Schulden aufzunehmen. Mit dem vorliegenden Entwurf wurde dieses Ziel erneut umgesetzt.

Als Fraktionsvorsitzender muss ich zugeben, dass wir es uns innerhalb der Fraktion CDU/Bund für Magdeburg bei den Diskussionen zur Haushaltsdrucksache und den dazugehörigen Unterlagen nicht leicht gemacht haben. Insbesondere die Tatsache, dass erst auf Seite 46! der Drucksache mitgeteilt wird, dass die Konsolidierungsbeschlüsse von 2012 auch im kommenden Jahr fortgeführt werden sollen, hat uns gewundert. Bei den Beratungen zum Haushalt 2012 wurde ja auch von Seiten der Stadtspitze immer wieder suggeriert, dass die Maßnahmen nur einmalig zur Anwendungen kommen sollten. Die Anwesenden werden sich daran erinnern, dass wir als Fraktion damals neben den Kürzungen im Bereich der Jugendhilfe – die wir immer noch sehr kritisch betrachten – vor allem die Erhöhung der Grundsteuer B deutlich kritisiert haben. Gemeinsam mit der FDP haben wir damals einen Antrag eingebracht, auf diese Erhöhung zu verzichten und hatten gleichzeitig einen anderen Einsparungsvorschlag unterbreitet. Damals sind wir einer Ratsmehrheit unterlegen und die Erhöhung wurde mehrheitlich beschlossen. Nach diesem Beschluss hätten wir als Fraktion und auch ich ganz persönlich, ein großes, überwiegend kritisches Echo auf diese erwartet. Dieses blieb aber, das muss ich zugeben, weitgehend aus. Außerdem haben bzw. werden andere vergleichbare Städte ihren Hebesteuersatz auf ein vergleichbares Level anheben. Auf Nachfragen bei Unternehmen und Bürgern zu den gemachten Erfahrungen bzgl. der Belastungen durch die Erhöhung wurde zwar Kritik geäußert, aber doch überwiegend Einsicht und Akzeptanz gezeigt. Daher wird heute eine große Mehrheit unserer Fraktion nicht dem FDP-Antrag folgen, die Grundsteuer B – Erhöhung zurückzunehmen, auch deshalb, weil wir zugebenermaßen auch keine andere seriöse Deckungsquelle gefunden haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Stadt hat vor allem ein Problem bei der Erlangung der notwendigen Einnahmen für ihre vielfältigen Aufgaben. Das neue Finanzausgleichsgesetz des Landes mit seinem Ansatz, sich endlich an den zu finanzierenden Aufgaben zu orientieren, ist auf dem richtigen Weg. Gleichzeitig muss noch deutlicher werden, dass die kreisfreien Städte nicht nur Leistungen für die gesamte Region erbringen, sondern auch Leuchttürme sind und maßgeblich das Image unseres Landes prägen. Diese Tatsache muss dann auch konsequent seinen Widerhall bei der Weiterentwicklung dieses Gesetzes finden. Eine Konsolidierungspartnerschaft zwischen Gemeinden und dem Land darf nicht einseitig zu Lasten eines der

Partner gehen. Dieser Diskussionsprozess, das weiß ich nun aus eigener Erfahrung sehr gut, ist nicht unkompliziert und oft von Egoismen geprägt!

Was die Ausgaben angeht, sehen wir als Fraktion ebenfalls Risiken. Dazu gehört sicher auch die Entwicklung der Sozialkosten, die mittlerweile ein Drittel der Gesamtausgaben der Stadt ausmachen.

Was den Verschuldungsstand der Landeshauptstadt angeht, ist dieser im Verhältnis zu anderen Städten zwar relativ gering, aber trotzdem dürfen wir diesen Bereich nicht aus den Augen verlieren. Gerade beim Abbau des Altdefizits in der Höhe von rund 180 Mio. € haben wir eine große Erwartungshaltung gegenüber dem vom Land angekündigten Stark IV-Programm zur Entschuldung der Gemeinden in unserem Land.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun möchte ich kurz auf wenige Sachverhalte der einzelnen Dezernate bzw. Budgets eingehen.

Beim Budget I sind natürlich die Personalkosten der größte Ausgabeposten. In diesem Jahr konnten die entsprechenden Ansätze relativ genau bestimmt werden, da ja ein gültiger Tarifvertrag vorliegt. Gleichzeitig wird aus den Unterlagen deutlich, dass die Personalkosten nicht in der benötigten Höhe eingestellt wurden, sondern ein reduzierter Mittelansatz Eingang in die Papiere fand. Das heißt, während des Haushaltsvollzuges müssen entsprechende Einsparungen vorgenommen werden. Eine sicher nicht einfache Aufgabe, vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass auch die Stadtverwaltung als Arbeitgeber vor der Herausforderung steht, qualifiziertes Personal und auch Auszubildende in ausreichender Quantität und Qualität für sich zu gewinnen.

Die Steuereinnahmen werden ja im Bereich des Budgets II mit veranschlagt. Hier würden wir uns natürlich wünschen, dass unsere Steuerdeckungsquote das Niveau vergleichbarer westdeutscher Städte erreichen würde. Auch die Zinsaufwendungen werden auf Grund verschiedener Veränderungen, wie die Umsetzung von BASEL III zur Vergabe von Krediten durch Geldinstitute, in den kommenden Jahren vermutlich deutlich ansteigen.

Im Bereich des Wirtschaftsdezernates ist festzustellen, dass auf Grund wegfallender Fördergelder bzw. durch das Ende von geförderten Projekten, das Haushaltsvolumen erheblich absinkt. Hier muss aus unserer Sicht zeitnah gegengesteuert werden.

Nun zum Budget IV. In Anbetracht des erklärten Stadtratswillens, den Titel Kulturhauptstadt Europas zu erringen bzw. sich darum zu bewerben, werden in den kommenden Jahren hier vermutlich noch entsprechende Anstrengungen notwendig sein. Wir lassen uns als Stadt die Kultur etwas kosten und das ist auch richtig so. Hier muss aber die Frage geklärt werden, wie das Land noch stärker als bisher in die Finanzierung dieser Aufgabe, die wir ja für die Region und auch darüber hinaus erbringen, beteiligt werden kann, wie zum Beispiel durch die Anpassung der Theaterverträge. Hier würde eine Gleichbehandlung zwischen Halle/Saale und Magdeburg zu Mehreinnahmen

von wohl rund einer Million Euro für die Landeshauptstadt führen. Ob da der Kulturkonvent zu entsprechenden Empfehlungen und dann auch Umsetzungen führt, bleibt abzuwarten!

In diesem Bereich sind ja auch die Schulen haushaltstechnisch verankert. Im Bereich der Schulsanierung wurde in unser Stadt wirklich bemerkenswertes erreicht und mit dem avisierten Neubau von weiteren Schulen auf Grund der zunehmenden Schülerzahlen stellt uns das vor Herausforderungen, mit denen wir wohl vor Jahren nicht gerechnet hätten.

Jetzt kommen wir zum Sozialhaushalt. Wie bereits gesagt, geben wir rund 1/3 aller unserer Gelder inzwischen in diesem Bereich aus. Dabei gibt es eine lebendige und grundsätzlich gute Zusammenarbeit zwischen den kommunalen und freien Trägern. Diese weiter zu intensivieren, gerade in Anbetracht aktueller Diskussionen, muss das Ziel von Verwaltung, freien Trägern, aber auch des Stadtrates sein. Erfreulicherweise sind die Geburtenzahlen wieder angestiegen und neben vielen positiven Effekten führt diese Tatsache natürlich auch zu entsprechenden Mehrausgaben bei der Kommune. Auch der notwendig gewordene Bau neuer KiTas muss ja zum Beispiel finanziert werden. Auf den kommunalen Finanzierungsanteil für den Betrieb will ich hier nicht näher eingehen.

Die weiterhin hohe Zahl von Bedarfsgemeinschaften, die Sozialleistungen beziehen, belastet neben den Betroffenen selbst natürlich auch die Kommune im erheblichen Maße.

Eine Ausgabenart - die Kosten der Hilfe für Erziehung - hat in jüngster Vergangenheit in ihre Höhe nur eine Richtung gekannt und zwar nach oben. Dieser Trend ist bundesweit festzustellen und sollte uns allen Sorge bereiten. Die Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit sind schmerzlich, aber momentan wohl unvermeidlich. Trotzdem liegt unser Anteil für die Finanzierung der Jugendhilfelandschaft noch weit über dem der anderen Kreise, Städte und Gemeinden! Natürlich kann man sich immer mehr wünschen! Hier müssen wir endlich konsequent unsere Jugendhilfeplanung voranbringen und das mit allen Konsequenzen für eine zukunftsweisende und bedarfsgerechte Jugendhilfestruktur!

Beim Baudezernat müssen wir feststellen, dass es der Stadt zunehmend schwer fällt, die bestehende Infrastruktur zu erhalten. Daneben sind aber auch Investitionen notwendig, um unsere Stadt auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Beispielhaft seien hier nur die Eisenbahnüberquerung Ernst-Reuter-Allee oder die geplante Strombrückenverlängerung genannt. Dringend notwendige Maßnahmen, bei denen ich hoffe, dass sie nicht, durch wen auch immer, unnötig verzögert werden!

Hier konnte ich natürlich nur schlaglichtartig einige wenige Aspekte bei den jeweiligen Dezernaten aufnehmen. Diese Übersicht ist auf keinen Fall vollständig, sollte aber deutlich machen, vor welche Herausforderungen wir gemeinsam stehen.

Dass die Investitionen nur knapp die gleiche Höhe erreichen wie die der Abschreibungen, macht deutlich, dass die Gefahr besteht, dass wir unsere Infrastruktur auf Verschleiß fahren und damit die Lasten auf zukünftige Generationen verschieben.

Wir haben als Fraktion nicht nur die vorliegenden Unterlagen intensiv geprüft, sondern auch eigene Überlegungen angestellt. Die Ergebnisse dieser Diskussionen haben Sie mit unseren Änderungsanträgen vorliegen. Beispielhaft seien hier genannt:

- Die schnellstmögliche Bereitstellung von städt. Flächen für den Eigenheimbau sowie den Bau von Wohn- und Geschäftshäusern.
- Die Vorlage eines Konzeptes, wie mehr Pflegefamilien gewonnen werden können.
- Weiterhin soll die Verwaltung endlich ein Konzept zum Thema Energiecontracting vorlegen.
- Mit der Bereitstellung von 20 T€ für die Freiraumplanung im Bereich Fort II soll in diesem Bereich endlich Fortschritte erzielt werden.

Wie sie sehen, haben wir uns nicht nur damit beschäftigt, wo man Geld ausgeben kann, sondern auch damit, wie wir die Einnahmen der Stadt erhöhen und die Ausgaben reduzieren können.

Ich möchte abschließend die Gelegenheit nutzen, allen, die an der Erarbeitung des Haushalts beteiligt waren, insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachbereiches II sowie der Haushaltssachbearbeiter der anderen Verwaltungseinheiten, zu danken. Die Arbeit, die hier geleistet wird, verdient Anerkennung und Hochschätzung. Dank gilt auch den Mitgliedern des Stadtrates, insbesondere den Mitgliedern des Finanz- und Grundstücksausschusses, für die konstruktiven Beratungen zu dieser Drucksache.

Wir werden als Fraktion CDU/Bund für Magdeburg dem Haushaltsentwurf 2013 grundsätzlich zustimmen. Damit leisten wir unseren Beitrag, dass der Haushalt schnellstmöglich auf den Weg gebracht wird und damit die Verwaltung handlungsfähig wird. Dies ist nicht nur für die Wirtschaft vor Ort wichtig, sondern auch für das vielfältige Gemeinwesen in unserer Stadt.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Wigbert Schwenke MdL  
Fraktionsvorsitzender